Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Pfg. Alle Postanstalten Boten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 267 — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Dienstag, 17. November 1925

Polen in Nöten.

Der Rücktritt des polnischen Ministerpräsidenten Grabski, den er dem Staatspräsidenten übermittelte, kam alles andere als überraschend. Er ist eigentlich schon ein halbes Jahr fällig, nämlich seit damals, als der polnische Außenminister von seiner amerikanischen Reise zurückgekehrt war, einer Reise, die vor allem einem großen Pumpversuch gedient hatte. Der war völlig mißglückt! Krampfhaft waren die Versuche, den Wert der polnischen Zlotywährung zu halten. Man verkündete zwar die großartigsten finanz- und wirtschaftspolitischen Programme, aber die Wirklichkeit schritt über alle derartigen Pläne lächelnd hinweg: die Handelsbilanz zeigte ein gewaltiges Defizit; nun — hieß es — man drosselt einfach die Einfuhr ab, sperrt die Grenze überhaupt gegen Luxuswaren — ein Begriff, den man überaus weit faßte —, fördert die Ausfuhr mit allen Mitteln und begnügt sich mit der Produktion des eigenen Landes. Dieser theoretisch wunderbare Plan, dessen Durchführung allein den Zloty hätte halten können, mißlang nun aber vor allem deshalb, weil zwar die Einfuhr scharf zurückging, die Einnahmen aus der Ausfuhr noch mehr. Einmal war es ganz unmöglich, die Kohlenausfuhr, die ja wegen des Handelskrieges mit Deutschland bei uns auf verschlossene Türen stieß, in andere Länder abzulenken, obwohl die Durchfuhr nach Italien — merkwürdigerweise — durch österreichische Bevorzugungen und erniedrigte Bahntarife begünstigt wurde. Außerdem ist ja die allgemeine Aufnahmefähigkeit für Kohle sehr viel geringer geworden. Andererseits versagte auch die größte Hoffnung, die man sich für die Stützung des Zloty gemacht hatte, nämlich ein großzügiger Export des wichtigsten polnischen Produktionsartikels, des Getreides. Polen hat eine sehr gute Ernte erzielt; das ist aber in den andern Agrarländern der Welt auch der Fall, daher ist der Getreidepreis auf dem Weltmarkt in ständigem schnellen Sinken. Das gilt ebenso für den Roggen wie für den Weizen.

Als der polnische Außenminister im August von seiner finanziell völlig ergebnislos gebliebenen Reise zurückgekehrt war, hielt Grabski im Sejm eine Rede, die grausam deutlich von tiefstem Pessimismus erfüllt war; durch eilige Flucht entzog er sich dem Entrüstungsschrei des Landtages. Seitdem kriselt es und nur die außenpolitischen Ereignisse — Annäherung Rußlands durch den Besuch Tschitscherins, Konferenz von Locarno — verschafften dem Kabinett noch eine gewisse Schonzeit. Doch vor allem wohl die eine Tatsache, daß sich nicht leicht jemand finden wird, der bereit ist, diese Erbschaft anzutreten, denn die polnische Wirtschaftskrise hat sich inzwischen noch viel katastrophaler entwickelt, als man im August befürchtete. Zollkrieg mit Deutschland, allgemeine Weltwirtschaftskrise, dazu noch die niemals abreißenden offiziellen Schimpf- und Brandreden auf Deutschland und die scharfen Kampfmaßnahmen zwecks Zlotystützung verschlangen gewaltige Summen, schon im August 65 Millionen Zloty. Charakteristisch ist vor allem der Zusammenbruch zahlreicher Banken mit Hunderten von Filialen, ist die Tatsache, daß man auch die Staatsbank nur offiziell noch nicht als bankerott betrachtet. In Ostoberschlesien liegen Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten arbeitslos auf der Straße, sogar Herr Korfanty hat mit seinen Gründungen furchtbares Pech.

Dabei sind die schönsten Zeiten der polnisch-französischen Entente auch schon vorbei; Frankreich hat bekanntlich noch im vergangenen Jahr dem polnischen Waffengenossen eine sehr offene Hand gezeigt — allerdings nur für Rüstungszwecke. Daran ist aber jetzt nicht mehr zu denken. Frankreich hat andere Sorgen, weiß ganz genau, daß ein deutscher Angriff das Unmöglichste auf Erden ist. Marokko und Syrien haben an den französischen Geldbeutel in die Milliarden gehende Anforderungen gestellt und die Sanierungsaktion für den Frank ist auch völlig mißglückt. Dabei hat gerade das französische Privatkapital es verstanden, sich der ehemals deutschen ostoberschlesischen Industrie zu bemächtigen in der Hoffnung auf spätere bessere Zeiten. Aber Polen hat dort gar nichts mehr zu sagen.

Aus dem einst so gehätschelten Kind der Entente ist ein recht ungebärdiges geworden, das man nur ab und zu etwas beruhigt durch kleine Geschenke, die man leicht spenden kann, weil sie auf Kosten Deutschlands gehen. Zwei Drittel der polnischen Staatseinnahmen aber dienen Rüstungszwecken, die jetzt, nachdem sich das Verhältnis zu Rußland besser gestellt hat, noch überflüssiger erscheinen als früher.

Polen wird also gezwungen sein, selbst Hand anzulegen, um seine finanzielle und Wirtschaftsnot zu bessern. Zurzeit finden ja die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen statt, die nicht recht vorwärtskommen, weil Polen seine Verfolgungspolitik gegen die Deutschen nicht aufgeben will. Wir sind die Stärkeren in diesem Kampf, und hoffentlich wird man die Gelegenheit benutzen, den Polen die Erkenntnis aufzuzwingen, daß es auch für sie besser sei, mit dem Nachbar in Frieden zu leben.

*

Der polnische Präsident Wojcechowski hat den Präsidenten des Sejm, Rataj, mit der Bildung der Regierung beauftragt. Rataj hat die Führer der Parteien, und zwar vor allem der Oppositionsparteien zu sich rufen lassen und die Verhandlungen begonnen. Wie verlautet wird Rataj den Versuch machen, sich mit den Minderheiten zu verständigen; er soll bereit sein, den Minderheiten große Zugeständnisse zu machen. Überhaupt ist das Stärkeverhältnis im Sejm so, daß eine feste Mehrheit nur eine solche Regierung haben kann, die es versteht, sich die Unterstützung der Minderheiten zu sichern.

Der Beschluß der Botschafterkonferenz.

Nach Schluß der Sitzung der gestrigen Botschafterkonferenz wurde folgendes amtliche Communiqué veröffentlicht:

„Auf Grund der von der deutschen Regierung erhaltenen Mitteilungen hat die Botschafterkonferenz beschlossen, heute nachmittag um 5 Uhr eine Sitzung abzuhalten. Im Laufe dieser Sitzung hat die Botschafterkonferenz beschlossen, noch heute abend an die deutsche Regierung eine Note zu richten, um sie von den Milderungen in Kenntnis zu setzen, welche auf Beschluß der alliierten Regierungen in dem Besatzungsregime der rheinischen Gebiete vorgenommen werden sollen. Andererseits hat die Botschafterkonferenz nach Kenntnisnahme der Antworten der deutschen Regierung bezüglich der Entwaffnungsfragen, die noch strittig geblieben waren, und in Anbetracht dessen, daß diese Mitteilungen derart sind, daß sie die Räumung der Kölner Zone erlauben, den 1. Dezember d. Js. als Datum festgesetzt, an dem diese Räumung beginnen soll. Der deutsche Botschafter ist von diesem Beschluß sofort in Kenntnis gesetzt worden. Die Botschafterkonferenz wird sich am Montag von neuem versammeln, um den Wortlaut des Schreibens festzusetzen, durch das dieser Beschluß der deutschen Regierung offiziell bestätigt werden soll."

*

Erklärung Briands.

Paris, 15. November.

Bei einer Unterredung mit dem Vertreter des Berliner Tageblatts gab der französische Außenminister diesem folgende schriftliche Erklärung zur Veröffentlichung:

Der Vertrag von Locarno würde nichts bedeuten, wenn er nicht bedeutet, daß die deutsche und französische Nation absolut entschlossen sind, ihre besonderen und engen Gesichtspunkte aufzugeben, um sich auf einen höheren Standpunkt, auf den der europäischen Solidarität, zu stellen. Die Unterzeichnung des Sicherheitspaktes, der zwischen den hauptsächlichen Nationen Europas abgeschlossen wurde, muß der Ausgangspunkt einer engen und sofortigen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland werden. Das französische Empfinden ist bereits entschieden in diesem Sinne orientiert, und wir haben die feste Hoffnung, daß Deutschland, arbeitsam und friedfertig in der großen Mehrheit seines Volkes, sich zu dem gleichen Ideal hinorientieren wird. Dann wird zwischen den beiden Ländern alles leicht werden.

Aristide Briand."

Kölner Reise des Reichspräsidenten?

Köln, 15. November. Wie von einer Korrespondenz gemeldet wird, erörtert man in der Umgebung des Reichspräsidenten den Plan einer Reise des Reichspräsidenten in die Kölner Zone, sobald deren Räumung vollzogen wäre. Da die Besatzungsbehörde angeblich mit einem Freiwerden der Kölner Zone zu Anfang Januar endgültig rechnet, so könnte eine Reise des Reichspräsidenten noch in der ersten Januarhälfte erfolgen.

Beschlagnahmte Düsseldorfer Kasernen freigegeben.

Düsseldorf, 15. November. Die Besetzungsbehörde hat auf Grund von Verhandlungen mit dem Landesfinanzamt der Rheinprovinz nunmehr einen Teil der für die Besatzung und ähnliche Zwecke beschlagnahmten Düsseldorfer Kasernen freigegeben.

Sorgen der Landwirtschaft.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 15. November. Der Reichskanzler empfing die Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats, des Reichslandbundes, der Vereinigung der Bauernvereine, des Reichsverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften sowie der Raiffeisen-Genossenschaft. Gegenstand der Beratung war die Notlage der Landwirtschaft, insbesondere die aus der Absatzkrise und der Kreditnot sich ergebenden Schwierigkeiten. Der Reichskanzler erkannte den Ernst der Lage an und sagte eine Beratung der Angelegenheit im Kabinett für die kommende Woche zu.

Syrien in der Hand der Drusen.

Neue Beschießung von Damaskus.

„Daily News" erhalten aus Jerusalem folgende Meldung: Die Franzosen haben die Macht über das innere Syrien, einschließlich weiter Gebiete in der Nähe von Damaskus und Aleppo, verloren. Während sie die großen Städte mit Hilfe ihrer Artillerie beherrschen, sind die Aufständischen im Besitz des Flachlandes und verfügen über 30 000 Mann, die von ausgebildeten militärischen Führern befehligt werden. Die Bewohner der meisten Dörfer sympathisieren mit ihnen und sind bereit, sich bei der ersten besten Gelegenheit ihnen anzuschließen. Die Franzosen sind bei Mosera geschlagen worden. General Gamelin hat seine geschlagenen Truppen nach Damaskus geworfen, da er eine Umzingelung fürchtete. Die Drusen sind hierdurch entlastet worden und rücken gegen den östlichen Libanon vor, um den dort mit den Franzosen kämpfenden Aufständischen zu Hilfe zu kommen. Die Aufständischen bereiten sich vor, Aleppo und Hama anzugreifen. Jedermann weiß, daß die französischen Truppen ungenügend sind und daß die eingeborene Gendarmerie mit den Aufständischen sympathisiert.

Nach einer vom „New York Herald" verbreiteten Meldung aus Kairo sollen die Franzosen aufs neue Damaskus beschossen haben. Die Beschießung soll infolge eines eine ganze Nacht dauernden Kampfes erfolgt sein, bei dem eine starke Abteilung Aufständischer unter Führung von Hassan-el-Charrat die Stadt geplündert habe. Zahlreiche Flüchtlinge begeben sich an die Palästinagrenze. Die englischen Behörden schicken Verstärkungen an die Grenze, um die Aufständischen an dem Betreten ihres Mandatsgebietes zu verhindern. Diese Nachricht wird auch von der „Chicago Tribune" durch eine aus Beirut stammende Meldung bestätigt.

Vor der Entscheidung.

Vorzeitige Veröffentlichung in Paris.

n. Berlin, 14. November.

Die etwas abgedämpfte Stimmung, mit der man den Beratungen der Pariser Botschafterkonferenz am Montag entgegensah, wurde heute wieder zu stärkster Erwartung angefacht. Es lief nämlich unerwartet die Nachricht ein, daß die Botschafterkonferenz schon heute, also zwei Tage früher, zusammengetreten sei, um die Veröffentlichung der amtlichen Mitteilung über die Erleichterungen des Besetzungsregimes im Rheinland und die Räumung Kölns zu beschleunigen. Es wird bestätigt, daß die Räumung des Kölner Gebiets am 1. Dezember begonnen und so schnell, wie es technisch möglich ist, abgewickelt werden soll.

Was Deutschland wünschte.

Im französischen Ministerium des Äußern fand bereits eine Beratung statt. Die Ergänzungen, die für die deutsche Note noch gewünscht werden, seien besprochen und bereits nach Deutschland übermittelt worden. Mittlerweile hatte die Pariser Agence Havas Angaben über den Inhalt der vor einigen Tagen übergebenen deutschen Note gemacht und dazu Bemerkungen von angeblich alliierter Seite gebracht, die der deutschen Regierung übermittelt worden seien.

Die deutsche Note enthalte Erläuterungen zu den fünf Punkten der deutschen Note vom 23. Oktober. Zu Punkt 1. Stellung des Generals von Seeckt, wird gesagt: Deutschland sei bereit, die Forderungen der Alliierten zu erfüllen. Unter Hinweis auf die moralischen Schwierigkeiten wird hinzugefügt, daß eine völlige Umwandlung des Großen Generalstabes nicht möglich sei. Zu Punkt 2 bezüglich der Sportvereinigungen wird erklärt, daß sie nichts mit der Reichswehr zu tun haben. Punkt 3: Verbotenes Waffenmaterial besitze Deutschland nicht. Die vorhandenen Waffen dienen lediglich zur technischen Ausbildung der Truppen. Punkt 4: Kanonen der Festung Königsberg. Die Beibehaltung derselben wird unter Darlegung der praktischen Gründe für notwendig bezeichnet. Punkt 5: Polizei. Die gegenwärtige Organisation ist die einzig richtige, die aufrechterhalten werden muß. Wegen eventueller kommunistischer Unruhen können nur längere Mannschaften eingestellt werden, deshalb wurde das Dienstverhältnis nur auf zwölf Jahre festgesetzt.

Erwiderung der Alliierten.

Demgegenüber hätten die Alliierten sich wie folgt geäußert: Punkt 1: Die Alliierten fordern Wiederherstellung des Sachverhalts von 1919, die Wiedereinsetzung des Generalstabschefs in seine früheren Befugnisse, die nur technischer Art sein können. Die Armeekommandeure dürfen nur dem Wehrminister unterstellt sein. Die Alliierten fordern eine gesetzliche Sanktionierung dieser Änderung. Punkt 2: Die Alliierten wünschen das Versprechen, wonach die Sportvereine nicht militärisch ausgebildet werden dürfen, durch gesetzliche Festsetzung gebunden. Punkt 3: Die Alliierten nehmen die Erklärung Deutschlands zur Kenntnis. Punkt 4: Die Alliierten lassen die technischen Gründe Deutschlands gelten. Punkt 5: Die Alliierten halten daran fest, daß die Polizei unter keinen Umständen eine Reserve für die Reichswehr bilden dürfe. Durch aktive Verpflichtung auf zwölf Jahre und bei Übergang in lokale Polizeiverbände bildet sie eine Art zweite Armee. Die Alliierten wünschen, daß dies geändert wird, und verlangen.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF